

---

**134/A(E) XXVIII. GP**

---

Eingebracht am 26.03.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Thomas Spalt, Mag. Paul Hammerl, MA  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **Energiekosten senken - CO<sub>2</sub>-Steuer abschaffen**

Die Bundesregierung hat mit der Einführung der nationalen CO<sub>2</sub>-Steuer im Jahr 2022 eine zusätzliche finanzielle Belastung für Haushalte und Betriebe geschaffen - insbesondere beim Heizen mit Erdgas und in der energieintensiven Industrie. Der aktuelle CO<sub>2</sub>-Preis von 55 Euro pro Tonne (Stand 2025) führt zu kontinuierlich steigenden Mehrkosten.

Für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem jährlichen Erdgasverbrauch von 15.000 kWh entstehen zusätzliche Kosten von rund 180 Euro pro Jahr allein aufgrund der CO<sub>2</sub>-Steuer. In größeren Haushalten oder bei schlecht gedämmten Gebäuden kann die Belastung deutlich über 250 Euro jährlich liegen.

In Summe ergibt sich daraus eine Belastung von rund 180 Millionen Euro jährlich für alle österreichischen Haushalte, die mit Erdgas heizen. Diese Mehrkosten treffen vor allem Familien, Pensionisten und Menschen mit geringem Einkommen - Gruppen, die meist weder über die Mittel noch über die Möglichkeit verfügen, kurzfristig auf alternative Heizsysteme umzusteigen oder energetische Sanierungen durchzuführen.

Die ursprünglich vorgesehene Entlastung durch den Klimabonus fällt ab 2025 vollständig weg. Damit steigt die reale Belastung der Bevölkerung nochmals deutlich - ohne jeglichen sozialen Ausgleich.

Auch Unternehmen, insbesondere in der Industrie und im produzierenden Gewerbe, sind massiv betroffen. Die wirtschaftliche Lage und die Energiekosten sind bereits jetzt stark angespannt. Aus Sicht der Industrie ist die CO<sub>2</sub>-Steuer als standortgefährdend zu sehen, da sie die Produktionskosten in Österreich zusätzlich massiv steigert und damit eine erhebliche Mehrbelastung für Wirtschaft und Beschäftigung darstellt.

Die Bevölkerung trägt somit die CO<sub>2</sub>-Kosten doppelt: direkt über die eigene Energienutzung und indirekt über die Teuerung der Konsumgüter. Die Gesamtbelastung für die österreichische Bevölkerung beträgt aufgrund der Doppelbelastung über 820 Millionen Euro pro Jahr.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### **Entschließungsantrag**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der die CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit sofortiger Wirkung abgeschafft wird.“

*In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Umweltausschuss zuzuweisen.*